

IMI-Studie 2008/01 Teil 1

## **Sudan und Tschad im Visier der Großmächte**

Sudan, Nord-Süd-Konflikt, Darfur

Von Lühr Henken

Internet: <http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1676>

Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen  
Tel 07071/49154  
Fax 07071/49159  
imi@imi-online.de  
www.imi-online.de  
3.1.2008

Teil II:

<http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1678>

### **Abstract**

In seinem Text gibt Lühr Henken, einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, einen detaillierten Einblick in die politische Lage im Sudan und in den für die dort andauernden Konflikte relevantesten Nachbarländern, dem Tschad und der Zentralafrikanische Republik (ZAR). Im Mittelpunkt steht neben dem Konflikt um die Sezession des ölreichen Südsudan, der Bürgerkrieg in Darfur, aber auch die Auseinandersetzungen der tschadischen und zentral-afrikanischen Regierungen mit verschiedenen Rebellengruppen werden dargestellt. Die wichtigsten Konfliktparteien, ihre Motivationen sowie mögliche Lösungswege bzw. weitere Entwicklungen werden aufgezeigt. Außerdem beleuchtet der Autor die ökonomischen und demographischen Gegebenheiten der drei Staaten und setzt sie in Zusammenhang zum Konfliktgeschehen. Einen weiteren wichtigen Aspekt bilden die verschiedenen Interventions- und Beobachtermissionen im Sudan und mittlerweile auch im Tschad und der ZAR, die unter UN-Mandat von der Afrikanischen Union (AU), der EU bzw. der UNO selbst durchgeführt werden. Diese sind eng verbunden mit den ebenso dargelegten Großmacht-Interessen insbesondere der USA, Frankreichs und Chinas.

### **Einleitung**

Zwei der derzeit elf Auslandseinsätze der Bundeswehr finden im Sudan statt. Sie wurden zuletzt vom Bundestag am 15. November 2007 mit großer Mehrheit verlängert.[1] Die nach Kapitel VII der UN-Charta mandatierten Einsätze beinhalten zum einen die Stationierung von bis zu 75 unbewaffneten Bundeswehrsoldaten als Teil der etwa 10.000 Personen starken Überwachungsmission UNMIS[2] in Südsudan. Das Mandat endet am 15. August 2008. Derzeit sind im Rahmen von UNMIS 42 deutsche Soldaten und fünf Polizisten im Einsatz. Das zweite Mandat ist ein Vorratsbeschluss. Demnach sollen bis zu 250 Bundeswehrsoldaten im Rahmen der neuen UN-AU-Mission UNAMID Soldaten und Polizisten aus afrikanischen Ländern mit Flugzeugen nach Darfur bringen. Das geschah zuletzt im März 2006.[3] UNAMID löst ab dem 1. Januar 2008 die AU-Mission AMIS in Darfur ab. Mit insgesamt 26.000 Soldaten, Polizisten und Zivilen soll UNAMID die bis dahin größte UN-Mission der Geschichte werden. Die UN-Generalversammlung hat für das erste Halbjahr dafür 1,28 Mrd. Dollar bewilligt. An der im westlich benachbarten Tschad und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik zu stationierenden und von Frankreich dominierten 3.700 Soldaten starken EU-Truppe beteiligt sich die Bundeswehr nicht. Gleichwohl begrüßt die Bundesregierung den Einsatz im Osttschad und stellt vier Offiziere in die Einsatzzentrale bei Paris ab.

Der nach 21 Jahren Anfang 2005 beendete Krieg zwischen Nord- und Südsudan hat 1,5 bis 2 Millionen Tote gefordert und etwa vier Millionen vertrieben, der seit fünf Jahren anhaltende Bürgerkrieg in Darfur hat etwa 2,5 Millionen Menschen in die Flucht gejagt und vermutlich Zehntausende das Leben gekostet. Die Konflikte im Sudan haben sich seit 2006 auf den Tschad und die Zentralafrikanische Republik ausgedehnt und sind längst nicht gelöst. Selbst nach einer Verhandlungslösung, die derzeit noch in weiter Ferne scheint, wird es noch Jahre bedürfen, bis sich das Leben normalisiert.

Warum ist diese Region so erbittert umkämpft?  
Warum ist sie für Großmächte von so großem Interesse?

## 1. Sudan

### 1.1.1. Land und Leute

Der Sudan ist mit 2,5 Mio. km<sup>2</sup> das flächengrößte Land Afrikas und damit siebenmal so groß wie Deutschland. Auf Nordsudan entfallen 1,85 Mio. auf Südsudan 650.000 km<sup>2</sup>. Mit 36,2 Mio. Einwohnern[4] (2005), davon etwa 9 Mio. im Süden, ist das Land am Nil sehr dünn besiedelt. Über sechs Millionen von ihnen sammeln sich allein am Zusammenfluss von Weißem und Blauen Nil in der Hauptstadt Khartum (4,2 Mio. Einwohner) und den beiden Städten in Omdurman und Bahri. Der Norden, Osten und Westen des Landes sind muslimisch geprägt (70 Prozent der Gesamtbevölkerung). Im Süden bilden Anhänger indigener Religionen die Mehrheit (20 % der sudanesischen Bevölkerung). Von Bedeutung ist im Süden der Katholizismus. Katholisch sind 10 Prozent der sudanesischen Gesamtbevölkerung.

### 1.1.2. Erdöl- und Rohstoffvorkommen im Sudan

Der Boden Sudans ist rohstoffreich. Eisen, Kupfer, Zinn, Blei, Asbest, Gold, Gips, Steinsalz, Bauxit, Uran, Platin und 1 Mio. t Chrom werden

genannt. Jedoch die mit Abstand größte Bedeutung hat historisch und zurzeit dabei das Rohöl. Bereits 1991 hatte eine „gründliche Studie“ der Weltbank ergeben, dass „Somalia und Sudan in der Liste möglicher kommerzieller Ölproduzenten Ostafrikas ganz oben“[5] stehen.

Mit derzeit nachgewiesenen Vorräten von 6,4 Mrd. Barrel[6] liegt Sudan auf Platz 21 in der Welt (zwischen Aserbaidschan und Indien). Darüber hinaus steht eine spektakuläre Aussage aus den 80er Jahren im Raum: „Der damals für Sudan zuständige Geschäftsträger von Chevron, Payne, soll die Auffassung vertreten haben, dass Sudan über mehr Ölreserven verfügt als Iran und Saudi-Arabien zusammen. Deshalb investierte das Unternehmen angeblich rund 10 Milliarden Dollar zur Erkundung der Öllagerstätten des Sudan. [...] Amerikanische Rohstoffplaner vermuten, dass der ganze Süden Sudans von der Grenze zu Tschad [...] bis nach Äthiopien über reiche Ölvorkommen verfügt.“[7] Die Aussage ist bisher weder bestätigt noch widerlegt. Falls sie zutrifft, dürfte sie zumindest US-Außenministerin Rice bekannt sein, denn sie hatte bis 1995 zehn Jahre lang dem Chevron-Aufsichtsrat angehört.

Das Land ist unterteilt in 23 Öl-Blöcke[8]. Zwei Blöcke sind nicht vergeben. Das sind der Block 12 B, der West-Darfur und den Süden Nord-Darfurs umfasst, und der Block 10 an der Grenze zu Eritrea. Lediglich in sieben Öl-Blöcken wird gefördert. Diese liegen vor allem im Süden des Sudan. Die Struktur der Konzessionäre weist eine weite Streuung auf. Vor allem sind es asiatische und afrikanische Firmen. Darunter die China National Petroleum Company (CNPC), die malaysische Petronas und die indische Oil and Natural Gas Corporation (ONGC), aber auch einheimische, sowie Firmen aus Saudi-Arabien, Nigeria, Jemen, Kuwait und Südafrika. Lediglich zwei westliche Firmen halten Konzessionen: Die französische Total im wohl sehr hoffigen Block B als Konsortialführerin und die schwedische Lundin im Block 5 B. Der US-Multi Marathon hat 2007 seinen Anteil von 32,5 Prozent am Block B aufgegeben und den Sudan verlassen. US-Konzerne halten keine Konzessionen im Sudan. Im November 2004 konnte man in der

NZZ lesen: „Die grossen amerikanischen Ölfirmen Chevron Texaco und Exxon Mobil dringen darauf, wieder ins sudanesisches Ölgeschäft einsteigen zu können.“[9] Die Sanktionspolitik der Bush-Regierung hat das bisher verhindert.

Der Sudan bleibt, was das Öl anbetrifft, bisher weitgehend unerkundet. Nur für wenige Gebiete sind bisher intensive und umfassende seismische Daten ermittelt worden.[10] Die Förderung wird zu über 90 Prozent von CNPC, Petronas und ONGC getätigt. Es besteht nicht nur eine hohe Abhängigkeit Sudans gegenüber diesen Firmen, auch umgekehrt gilt, für alle drei Firmen sind die Investitionen im Sudan die größten außerhalb ihrer Länder. Allein China investierte im vergangenen Jahrzehnt mehr als sechs Mrd. US-Dollar in 14 Ölprojekte des Sudan.[11] 80 Prozent des sudanesischen Ölexportes gehen in die VR China, etwa 10 Prozent nach Japan und 4 Prozent in den Jemen. Ende 2006 förderte Sudan täglich 397.000 Barrel. In diesem Jahr liegt die Förderung bei täglich 500.000 Barrel. Das ist die sechsthöchste Tagesförderung in Afrika bei steigender Tendenz. 365.000 Barrel werden über ein Terminal bei Port Sudan am Roten Meer im Norden exportiert. Ein zweites Terminal in der Nähe steht vor der Fertigstellung, so dass sich die Verladekapazität auf 950.000 Barrel erhöht. Ergo: Khartoum setzt auf Expansion von Förderung und Export des Öls. Raffinerien gibt es in Khartoum und in Port Sudan. Beide liegen im Norden. Zum Teil sind es Joint Ventures mit CNPC und Petronas. Der Transport aus dem Süden zu den Raffinerien und Verladestationen erfolgt über ein System von fünf Pipelines. Von grundsätzlicher Bedeutung ist, dass das im Süd-Sudan geförderte Öl im Norden verarbeitet und über den Norden exportiert wird.

Seitdem der Sudan 1999 mit dem Ölexport begonnen hat, hat sich das Bruttoinlandsprodukt von 9,4 Mrd. auf 27,5 Mrd. Dollar (2005) verdreifacht.[12] Die Wirtschaft verzeichnete eine Zuwachsrate von 8 Prozent in 2005, 2006 waren es 10 Prozent und die Weltbank erwartet für 2007 sogar ein Plus von mehr als 10 Prozent.[13] Das Land boomt, was allerdings außer in Khartoum

kaum sichtbar ist.

Aber nicht nur Öl ist ein bedeutsamer Rohstoff im Sudan. In einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages über den Darfur-Konflikt findet sich eine Aussage über die „Rolle des Sudans als Rohstofflieferant – neben den großen Erdölvorkommen soll das Land über eine der drei weltweit größten Lagerstätten reinen Urans und die viertgrößten Kupfervorkommen der Welt verfügen.“[14]

Damit könnte der Sudan eines Tages zu einem erstrangigen Rohstofflieferanten auf der Welt werden, der allerorten Begehrlichkeiten weckt.

#### Exkurs 1: Öl-Strategie der USA

Im Mai 2001 stellte US-Vizepräsident Cheney einen Bericht über die Entwicklung der US-Energiepolitik, kurz Cheney-Report[15] genannt, vor. Seine Analyse besagt, dass der Anteil der Einfuhr an der Rohölmenge der USA von 52 Prozent (2001) auf 64 Prozent im Jahr 2020 steigen müsse, um die Rohölversorgung des Landes zu sichern.[16] Das klingt zunächst nicht dramatisch. Allerdings geht der Cheney-Report von einem Anstieg des US-Ölverbrauchs insgesamt aus. „In absoluten Zahlen werden die US-Ölimporte von den heutigen rund 10,4 Millionen Barrel pro Tag bis 2020 auf schätzungsweise 16,7 Millionen Barrel pro Tag ansteigen.“[17] Das ist ein faktischer Anstieg um 60 Prozent!

Cheneys Schlussfolgerung: Das Weiße Haus muss nunmehr die Energiesicherung zur „Priorität“ der US-amerikanischen Handels- und Außenpolitik machen.[18] Und zwar so: Erstens: Die Länder des Nahen Ostens sollten dazu gebracht werden, ihre Exporte zu erhöhen. Zweitens: Die Einfuhrländer müssen diversifiziert werden. Auf Afrika bezogen heißt das heute: Zurzeit kommen 15 Prozent der US-Rohöl-Einfuhren aus Afrika, bis 2015 sollen es 25 Prozent sein.[19]

## Exkurs 2: US-Militärstrategie für Afrika

Seit September 2001 haben die USA in Afrika mit militärischen Ausbildungs- und Trainingsprogrammen begonnen. Das erste hieß International Military Education and Training (IMET), ab 2002 kam die „Pan Sahara Initiative“, die dann 2005 durch die „Trans-Sahara Counterterrorism Initiative“ (TSCTI) abgelöst wurde. Ziel des letzteren ist die Ausbildung einheimischer Soldaten durch „Special Operation Forces“ der USA, um eigenständig oder in Kooperation mit US-Truppen den Kampf gegen den islamischen Terrorismus aufzunehmen. An der TSCTI nehmen Algerien, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, Senegal, Tunesien und der Tschad teil. Das Budget betrug 70 Mio. Dollar im Jahr 2007, „bis 2012 sollen die Ausgaben allein im Rahmen dieses Programms auf 500 Millionen Dollar steigen.“[20] Seit Februar 2007 ist ein eigenständiges Oberkommando für Afrika, US Africa Command (AFRICOM), in Stuttgart eingerichtet worden. Bis September 2008 wird für den Stab von 1.500 Mann auf afrikanischem Boden ein Standort gesucht. Die offizielle Aufgabe: Bündelung der oben beschriebenen Aufgaben, insbesondere die Terrorbekämpfung. Diese Begründung trifft allerdings sogar bei militär- und regierungsnahen Analytikern der Stiftung Wissenschaft und Politik auf Skepsis: „Verstärkte Anstrengungen im Rahmen der Terrorbekämpfung sind wohl nicht der Hauptgrund für die Einrichtung des AFRICOM. Vielmehr scheinen die Sorgen um die künftige Energieversorgungssicherheit und die Einschätzungen der Rolle Afrikas in diesem Kontext das wesentliche Motiv zu sein.[...] Mit der Einrichtung des AFRICOM verbessert sich die Möglichkeit der Steuerung aller militärischer Aktivitäten der USA auf dem Kontinent. Nicht zuletzt werden die regionalen Einflussmöglichkeiten der USA gestärkt.“[21] Sudans Nachbar Äthiopien ist der engste Alliierte der USA am Horn von Afrika. Ministerpräsident Meles Zenawi erklärte gegenüber dem Kommandeur der Africom, General Ward, bereits seine Bereitschaft „eng mit Africom zusammenzuarbeiten.“[22]

Im Sudan sind zwei Konflikte virulent, der zwischen dem Norden und dem Süden und der in Darfur.

### 1.2. Nord-Süd-Konflikt im Sudan

#### 1.2.1. Entwicklung

Die Verfügung über die Erdölvorkommen des Südens waren Ursache für den Ausbruch des Bürgerkrieges zwischen dem muslimischen Norden und dem christlich-animistischen Süden 1983. 1979 bereits stieß der US-Ölkonzern Chevron auf Erdöl im damals autonomen Süden. Staatspräsident Numeiri kündigte infolgedessen einseitig das Autonomieabkommen mit dem Süden auf. Da der Süden damit alle Rechte am Erdöl verlor, wurde unter John Garang die Sudan People's Liberation Army (SPLA) gegründet und ein sehr blutig geführter Bürgerkrieg begann. Nach insgesamt sieben Jahren Verhandlungen, im Laufe dessen sechs Teilabkommen abgeschlossen wurden, wurde im Januar 2005 – unter massivem Druck der USA – in Naivasha (Kenia) ein umfassender Friedensvertrag unterzeichnet (Comprehensive Peace Agreement, CPA). Er sieht im Wesentlichen Folgendes vor: einen dauerhaften Waffenstillstand; SPLA-Vertreter erhalten 28 Prozent der Sitze im Parlament und in der nationalen Exekutive; die sudanesisch-Armee verlässt bis Mitte 2007 den Südsudan; Ende 2009 finden gesamtsudanesisch-Präsidenten- und Parlamentswahlen statt; nach sechs Jahren Übergangszeit soll ein Referendum im Süden über den Verbleib im Sudan entscheiden; während dieser Übergangszeit bis Mitte 2011 teilen sich Nord und Süd die Öleinnahmen, die aus der Förderung im Süden erzielt werden, zur Hälfte; der Führer der SPLA wird Vizepräsident des Sudan; Außenminister wurde auch ein Südsudanese.

Nachdem der Gründer der SPLA Garang bei einem Hubschrauberabsturz Ende Juli 2005 umkam, wird gemeinhin angenommen, dass die Regierung seines Nachfolgers Salva Kiir, trotz

gegenteiliger Bekundungen, 2011 im Referendum die staatliche Unabhängigkeit des Südens anstrebt. Die beiden Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Norman Paech und Paul Schäfer, brachten von ihrer im Oktober 2006 durchgeführten Reise aus dem Südsudan die Erkenntnis mit, dass „dies auch die Ansicht von 95 % der Bevölkerung“[23] sei. Wenn es zu der Unabhängigkeit kommt, bleiben dem Norden nur die im Norden liegenden Ölressourcen. Das sind lediglich 300 Mio. Barrel im Block 6, was 13 Prozent der derzeit vorhandenen gesamtsudanesischen Erdölreserven entspricht.[24]

Die Einkünfte aus dem Verkauf des im Süden geförderten Öls ist für den Süden von existentieller Bedeutung, decken sie doch 95 Prozent der öffentlichen Einnahmen. „Rund 40 Prozent des Staatshaushalts (des Südens, L.H.) sind nach Regierungsangaben der Armee vorbehalten.“[25] Die Verteilung der Gelder erfolgt zentral über Khartum, gilt zwar als undurchsichtig, soll angeblich aber reibungslos funktionieren.[26] Es sind für den Aufbau der Infrastruktur des Südens und die humanitären Belange geringe Beträge, die zudem noch sehr schwanken. Im Jahr 2005 waren es 702 Mio. US-Dollar[27]. Im Jahr 2006 wurden „mehr als eine Milliarde aus den Öleinnahmen überwiesen.“[28] Für 2007 wurden durchschnittlich monatlich 125 Mio. Dollar erwartet, zeitweilig waren es nur zwischen einem Viertel und Zwei Drittel dessen, im Oktober allerdings 178 Mio. Dollar. Bei einer Unabhängigkeit des Südens vom Norden würden sich diese Einnahmen verdoppeln. Dies motiviert das Streben des Südens nach Unabhängigkeit.

Die Entwaffnung der südsudanesischen Bevölkerung, die von der UNMIS überwacht werden soll, kommt nur langsam voran. Bei Zusammenstößen zwischen Dezember 2005 und Mai 2006 sollen etwa 1.200 bewaffnete Zivilisten und 400 südsudanesischen Soldaten umgekommen sein.[29] Auch 2007 kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen meist zwischen sudanesischen und südsudanesischen Soldaten oder zwischen

Stämmen untereinander um Viehherden. Durchschnittlich etwa einmal im Vierteljahr sind dabei Totenzahlen zwischen 50 und 130 zu beklagen gewesen. Die Soldaten der UNMIS-Mission greifen in diese blutigen Auseinandersetzungen nicht ein. Sie haben lediglich eine Beobachtungs- und Überwachungsmission des CPA nach Kapitel VI der UN-Charta. Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII dürfen sie nur zum Selbstschutz, zum Schutz von Hilfsorganisationen oder zum „Schutz direkt gewaltbedrohter Zivilisten im Rahmen verfügbarer Fähigkeiten“[30] ausüben. Dies geschieht nicht.

#### 1.2.2. Schwierigkeiten bei der Umsetzung des CPA

Das CPA weist der erdölsreichen Region Abyei einen Sonderstatus zu. Sie liegt in West-Kordofan, das bisher zum Norden gehört. Ihr Sonderstatus stellt es den Bewohnern der Abyei frei – ebenso wie dem gesamten Süden – 2011 über die Sezession vom Norden zu entscheiden. Das CPA überließ es einer siebenköpfigen Expertenkommission, die Grenze der Abyei festzulegen. Die Kommission, unter Vorsitz des ehemaligen US-Botschafters im Sudan, Petersen, schlägt nahezu die gesamte Abyei dem Süden zu. „Mit dem Referendum liefe Khartum demnach Gefahr, diese Felder 2011 an den Süden zu verlieren.“[31] Fachleute berichten aus der Abyei, „'Auf Teufel komm raus' pumpten besonders Chinesen mit allen technischen Mitteln das Ölfeld Heglig leer.“[32] Sudans Präsident Al-Bashir hat verkündet, dass er den Schiedsspruch der Expertenkommission nicht anerkennt und „die Grenzen von Abyei um keinen Zoll verrücken werde.“[33]

Der Truppenabzug der sudanesischen Armee aus dem Süden, der bis zum 9. Juli 2007 vollständig erfolgen sollte, war damals erst zu 80 Prozent erfolgt.[34] Etwa 15.000 Regierungssoldaten stehen im erdölsreichen Gebiet Abyei.[35] Andererseits ist der Süden der Vorgabe des CPA nicht nachgekommen und hat seine Truppen aus den zum Norden gehörenden

Gebieten Blauer Nil und Süd-Kordofan nicht zurückgezogen. 22.600 SPLA-Truppen standen bis November 2007 noch in den Nubabergen und über 35.000 im Gebiet Südlicher Blauer Nil.[36]

Im Oktober kam es zur Zuspitzung. Wegen der aus Sicht des Südens schleppend verlaufenden Umsetzung des CPA hat die SPLM nach häufigen Mahnungen am 11. Oktober 2007 aus Protest gegen „systematische Verletzungen“ des CPA ihre 18 Minister aus der „Regierung der Nationalen Einheit“ vorläufig zurückgerufen. Das stellte bis dahin die größte Regierungskrise dar. Die SPLM stellte Khartum ein Ultimatum bis zum 9. Januar 2008. Danach werde sie sich über einen endgültigen Rückzug aus der Regierung entscheiden. Al Bashir forderte Mitte November sein Militär auf, die paramilitärischen Truppen („Mudjahedin“) wieder zu mobilisieren, die 1990 eigens für die Bekämpfung des Südens aufgestellt worden waren.[37] Daraufhin wurde die südsudanesische Armee in den „Zustand der Mobilisierung“ versetzt.[38] Verhandlungen zwischen den Armeeführungen des Nordens und des Südens brachten jedoch bereits Anfang Dezember einen Dreistufenplan hervor, der einen Rückzug sämtlicher Truppen in das jeweilige Gebiet der Gegenseite bis zum 9. Januar 2008 vorsieht. Ein Treffen Al-Bashirs mit Kiir Mitte Dezember brachte auch eine Einigung bezüglich einer Transparenz der Transfers von Öleinnahmen in den Süden und die Zusage Khartums, Gelder für die Volkszählung bereitzustellen, die im April 2008 beginnen soll, um als Grundlage für die Wahlregister der Parlaments- und Präsidentenwahlen (UN: bis Juli 2009) und des Unabhängigkeitsreferendums 2011 zu dienen. Die SPLM-Minister kehrten daraufhin bereits Ende Dezember wieder in die „Regierung der nationalen Einheit“ zurück. Allerdings konnte über die Abyei keine Einigung erzielt werden. Dies soll direkt zwischen al-Bashir und Kiir verhandelt werden.

Die UNMIS hat Soldaten im Gebiet Abyei stationiert. Die Sollstärke der bewaffneten Infanteriekräfte der UNMIS beträgt insgesamt ca. 4.500 Soldaten und ihre Hauptaufgabe besteht im Schutz der eigenen Leute.[39] UNMIS ist etwa

gleichmäßig auf die sechs Sektoren Süd-Sudans verteilt. Das ist eine Fläche von nahezu der doppelten Größe Deutschlands,[40] so dass UNMIS bei einem erneuten Ausbruch kriegerischer Handlungen zwischen Nord und Süd jeder Konfliktseite gegenüber unterlegen wären.

### 1.2.3. Szenarien der Unabhängigkeit des Südens

Was geschieht, wenn der Süden sich für unabhängig erklärt? Nimmt der Norden das hin? Falls nicht, dann kommt es spätestens dann zu einer militärischen Auseinandersetzung. Wie wird sich UNMIS dazu verhalten? Dazu gibt es praktisch zwei Möglichkeiten: Im Land bleiben oder abziehen. Untersuchen wir das im Einzelnen. Zieht UNMIS ab, nimmt der Krieg seinen Lauf, und UNMIS, als Mission zur Verhinderung des Krieges angetreten, wäre gescheitert. Folglich würde UNMIS versuchen dort zu bleiben. Für diese Situation gäbe es theoretisch zwei Möglichkeiten: Sich neutral zu verhalten oder aktiv zu Gunsten einer Seite einschreiten. Untersuchen wir zunächst Letzteres. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: A) Auf Seiten des Nordens Krieg gegen den Süden zu führen. Das steht nicht zur Debatte, weil ja das Recht auf Unabhängigkeit des Südens im CPA verbrieft ist. B) Umgekehrt, auf Seiten des Südens gegen den Norden Krieg zu führen, setzt voraus, dass der Eingriff vom UN-Sicherheitsrat autorisiert wird. Das ist wegen der Haltung Chinas derzeit nicht vorstellbar. Also: Bleibt für UNMIS nur eine neutrale Haltung zur Verhinderung eines Krieges übrig. Wie könnte diese aussehen? Antwort: Eine Pufferzone zwischen Nord- und Südsudan bilden. Dies ginge allerdings nur, wenn die UNMIS-Truppen aufgestockt und aufgerüstet werden. Aber genau das wäre aus Sicht des Nordens keine neutrale Position, denn UNMIS sorgt auf diese Weise objektiv für die Abspaltung des Südens. Somit kommt UNMIS faktisch die Rolle des Garanten der Sezession des Südens zu, welche die SPLA durch den Krieg nicht erreicht hat. Ergo: Die USA haben über den Druck, den sie zur

Unterzeichnung des CPA in Naivasha anwendeten, die Sezession des Südens vorprogrammiert, welche sie dann über die UN-Truppenpräsenz absichern lassen wollen. Die Bundeswehr ist ein Teil davon.

Zu den Fakten im Südsudan gehört auch, dass US-amerikanische Entwicklungsgelder dorthin fließen und für den zivilen Aufbau der Infrastruktur, des Schulwesens und der Krankenhäuser eingesetzt werden. Aber auch die jahrzehntelange militärische Hilfe für die SPLA wird fortgesetzt. Ganz im Bewusstsein dessen, dass der Süden 2011 abgespalten wird, bauen die USA im ärmlichen Juba einen „ausgedehnten Konsularkomplex, der schon jetzt die Dimension einer Botschaft hat.“[41]

### 1.3. Darfur

#### 1.3.1. Land und Leute

Das muslimische Darfur ist Teil Nordsudans und gliedert sich in die Teile Nord-, West- und Süddarfur. Insgesamt ist Darfur etwa so groß wie Frankreich, wobei Norddarfur etwa so groß ist wie West- und Süddarfur zusammen. Norddarfur ist überwiegend ein Wüstengebiet, die anderen Gebiete Darfurs sind Savannengebiete. Die Einwohnerzahl wird mit sechs bis sieben Millionen angegeben, wobei die Fur mit 800.000 vor den Zaghawa mit 190.000 und den Massalit mit 185.000 die größte Ethnie darstellen. Insgesamt leben in Darfur etwa 80 Ethnien und Stämme der insgesamt 572 Ethnien Sudans. Im Norden leben Kamelnomaden wie die Zaghawa, in West- und Zentraldarfur ist wegen ausreichender Niederschläge Hirse- und Gartenanbau möglich. Hier leben Fur und Massalit. Im Süden wird Hirse angebaut und Rinder werden gezüchtet. Durch den Ausbruch des Bürgerkrieges im Februar 2003 ist es zu massiven Fluchtbewegungen in Darfur gekommen.[42] Anfang Oktober 2007 lebten 2,39 Millionen in den etwa 150 Flüchtlingslagern Darfurs. Das ist die bis dahin höchste Zahl überhaupt. Außerdem sind 236.000 in den Tschad geflohen. Insgesamt zählt die UNO 4,2

Mio. vom Konflikt Betroffene in Darfur[43]. 13.300 Helfer sind dort im Einsatz, die 69 Prozent der Betroffenen versorgen.

#### 1.3.2. Kurze Konfliktgeschichte Darfurs

Als sich Anfang 2003 zwischen dem Norden und dem Süden Sudans eine Vertragslösung abzeichnete, und sich das sehr marginalisierte Darfur weiterhin vom Ölreichtum des Sudan ausgeschlossen sah, griffen die Sudan Liberation Army (SLA) und das Justice Equality Movement (JEM) im März 2003 in Darfur zu ihren Kalaschnikows. Sie überfielen 80 Polizeistationen, diverse Kasernen und Regierungsgebäude. 685 sudanesischen Polizisten sollen von den Rebellen getötet worden sein.[44] Die sudanesischen Regierung reagierte hart, rekrutierte und bezahlte arabische Reitermilizen (Janjawid), bombardierte Dörfer in Darfur und es begann ein Bürgerkrieg, dessen Höhepunkt im Jahr 2004 lag. Über die ungezählten Opfer gehen die Schätzungen sehr weit auseinander. Sie sind zudem zu einem Politikum geworden. Die Zahlen reichen von 9.000 (Sudans Präsident al-Bashir) bis zu 530.000 (US-Literaturprofessor Reeves, der im US-Kongress vorträgt). Hierzulande hat sich seit einem Jahr die Angabe „über 200.000“[45] verstetigt. Die Verheerungen waren so massiv, dass US-Präsident Bush im September 2004 das Wort vom Völkermord in den Mund nahm. Eine vom UN-Sicherheitsrat eingesetzte Sonderkommission zur Untersuchung der Ursachen des Darfur-Konflikts kam allerdings „zu folgendem Schluss: Die Angriffe und Vertreibungen hatten nicht die Vernichtung der ethnischen, nationalen oder religiösen Gemeinschaften der Stämme zum Ziel. Keiner der beiden Seiten kann die Absicht zum Genozid unterstellt werden.“[46] Trotzdem hindert dies George W. Bush nicht daran, weiterhin von Völkermord in Darfur zu sprechen.[47] Die US-Regierung ist die einzige auf der Welt, die das tut. Damit steht Bush sogar im Widerspruch zu seinem Sudan-Sondergesandten Andrew Natsios, der im Februar 2007 erklärte, „dass er dagegen ist, das Wort Völkermord weiterhin zu

gebrauchen.“[48]

Zur Überwachung eines für April 2004 vereinbarten Waffenstillstands in Darfur erhielt die Afrikanische Union (AU) ein UN-Mandat zum Einsatz von Truppen. Diese AMIS-Truppe wurde sukzessive auf 5800 Soldaten und 1425 Polizisten[49] erhöht, ohne dass es zu einem Waffenstillstand gekommen wäre. Finanziert wurde der Einsatz sachfremd durch die Afrika-Entwicklungshilfe-Fazilität der EU. Von November 2004 bis Juli 2007 gab die EU dafür 282 Mio. Euro.[50]

Zur Machtverteilung in Darfur: „Die SLA verfügt im Jahr 2005 über 11.000 Kämpfer, die in dreizehn Brigaden organisiert seien. 70 Prozent des Territoriums von Darfur, behauptet SLA-Präsident Abd al-Wahid Mohammed al-Nur, werden von der SLA oder des JEM kontrolliert“[51] Sie unterhalten Schulen und auch Gefängnisse in den von ihnen kontrollierten Gebieten. Die SLA kassiert Zölle entlang der 600 km langen Grenze zu Libyen und den Tschad.[52] Die Städte dagegen sind unter Kontrolle der Regierung.

### 1.3.3. UN-Truppe in Darfur

Seit Januar 2006 gibt es in der UNO Bestrebungen, eine bis zu 20.000 Soldaten starke Truppe in Darfur zu stationieren, um AMIS zu ersetzen. US-Präsident Bush sagte im Februar 2006: „Es bedarf einer Nato-Verantwortung für Planung und Organisation“[53] und: „Wir arbeiten an einer Strategie, die der Allianz erlauben würde, die Führungsrolle zu übernehmen.“[54] Khartum lehnt eine UN-geführte Truppe ab. Präsident al-Baschir sagte: ‚Ich schwöre, dass es keine internationale Militärintervention in Darfur geben wird, solange ich im Amt bin‘. Zugleich versprach er, gegen alle zu kämpfen, die sein Land wieder ‚kolonisieren‘ wollten“.[55] Der UN-Sicherheitsrat hat dessen ungeachtet am 31.8.2006 eine von den USA und Großbritannien eingebrachte Resolution (UN-Res. 1706) angenommen. Sie sieht vor, das Gebiet der UNMIS-Mission in Süd-Sudan auf Darfur

auszuweiten und sie um 17.300 Soldaten sowie 3.300 Polizisten zu erweitern. Ihr Mandat nach Kapitel VII der Charta erlaubt, Zivilisten „mit allen Mitteln“ zu verteidigen, ist allerdings an die Zustimmung des Sudans gebunden, der die Resolution in dieser Form ablehnt, weil die Truppe unter UN-Führung stehen soll. Erst nach zähem Ringen stimmte Khartum der in drei Phasen aufgegliederten Mission zu.[56] Zur Zusammenlegung von UNMIS und AMIS ist es allerdings nicht gekommen. Stattdessen einigte sich der UN-Sicherheitsrat am 31.7.2007 auf die Stationierung einer hybriden (gemischten) UN-AU-Truppe (UNAMID).[57] In diese soll die AU-Truppe AMIS integriert werden und ein erweitertes Mandat ab dem 1.1.2008 übernehmen. UNAMID soll sich aus Truppen, die „so weit wie möglich aus afrikanischen Ländern“ kommen, zusammensetzen. Die Truppe wird unter eine „einheitliche Einsatzführung“ gestellt, deren „Führungsstrukturen und die zentrale Unterstützung von den Vereinten Nationen gestellt werden.“ Das heißt, es ist im Wesentlichen keine AU-Truppe, sondern eine UN-Truppe. Das ist auch daran zu erkennen, dass die Soldaten blaue UN-Barette tragen, und keine grünen der AU. Letzteres war der Wunsch Khartums gewesen. Insgesamt soll UNAMID 19.555 Soldaten und bis zu etwa 6.500 Polizisten umfassen. Die politische Führung der UN-AU-Truppe hat der ehemalige Außenminister Kongo-Brazzavilles Adada inne und Kommandeur ist der nigerianische General Agwai. Die Truppe ist nach Kapitel VII mandatiert, das ihr auch das Recht gibt, „bewaffnete Angriffe zu verhindern und Zivilpersonen zu schützen,“ um dies unmittelbar wieder einzuschränken, in dem es heißt, „unbeschadet der Verantwortlichkeiten der Regierung Sudans.“ Khartum hatte sich immer gegen ein uneingeschränktes militärisches Einschreiten von außen gestemmt und war nur zu einer Zustimmung zur Resolution unter dieser Bedingung bereit. Das hat zur Folge, dass die Kompetenzen der UN-AU-Truppe auf Grund des Gummiparagraphen vor Ort umstritten bleiben werden. Weitere Streitpunkte: UNAMID soll neben 18 Transporthubschraubern auch sechs Kampfhubschrauber zur Verfügung haben.



Abgesehen davon, dass bisher kein Staat bereit war, auch nur einen davon zu stellen, verweigert Khartum bisher jegliche Nachtflugerlaubnis. Ein weiteres Problem, dass zur Verzögerung führt: Zwar hat es genügend Meldungen für Infanterietruppen gegeben (Äthiopien 5000, Ägypten 2100, Senegal 1600, Tanzania 1000, Malawi 800, Thailand 800, Nigeria 680, China 315, Norwegen 200, Schweden 150, Südafrika 100, Nepal) – zusammen mit dem etwa 7200 Mann starken AMIS-Personal[58] wird die Zahlenvorgabe des UN-Mandats mit 20.000 sogar übertroffen – jedoch weigert sich Khartum, Kontingente aus Thailand, Skandinavien und Nepal zuzustimmen. Der Streit um Grundstücke, die UNAMID in Darfur zugewiesen werden, ist allerdings Mitte Dezember beigelegt worden.[59] Trotzdem liegt die Stationierung um etwa drei Monate hinter dem Zeitplan. Bestenfalls werden Anfang Januar etwa 9.000 Soldaten, also etwa ein Drittel der Sollstärke, stationiert sein. Bis März 2008 wird mit allenfalls 2.500 weiteren Soldaten gerechnet.

Von Januar bis Mitte September 2007 sind in Darfur etwa 270.000 Erst- und Zweitflüchtlinge registriert worden.[60] Diese Dramen spielten sich in einem riesigen Gebiet ab, das halb so groß ist wie Deutschland. Dabei muss die Flucht gar nicht durch tatsächliche Kampfhandlungen ausgelöst werden, es reichen schon Gerüchte. Die 7.200 Soldaten der AMIS waren nicht in der Lage, die Fluchtbewegung zu verhindern. Die Prognose fällt leicht: Das wird bei unveränderten Bedingungen auch der 26.000 Mann starken UN-AU-Truppe nicht gelingen. Darauf wies bereits der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge im April 2007 hin. Antonio Guterres sagte, „selbst wenn man 100.000 Polizisten in Darfur hätte, könnte sie nicht das gesamte Territorium Darfurs abdecken.“ Voraussetzung sei ein umfassender Friedensvertrag. „Ohne Frieden gibt es kein Wunder“[61], sagte er. Nur der ist nicht in Sicht. Absehbar ist, dass auch UNAMID der gestellten Aufgabe nicht gerecht werden wird, „bewaffnete Angriffe zu verhindern und Zivilpersonen zu schützen.“ Der UNAMID-Einsatz wird weitgehend symbolisch und bestenfalls ein Monitoring sein.

#### 1.3.4. Wie steht es um eine Friedenslösung in Darfur?

Der nach zwei Jahren Verhandlungen, zuletzt auf massiven Druck von USA, EU und UNO, in Abuja/Nigeria zur Unterzeichnung gebrachte Friedensvertrag vom 5. Mai 2006 (Darfur Peace Agreement, DPA) zwischen Khartum und lediglich einer der damals drei Rebellengruppen, erwies sich schnell als Flop. Zwar unterschrieb außer der Regierung mit Minni Arkou Minnawi, dem Führer der Zaghawa, die wohl stärkste militärische Gruppierung, aber die beiden anderen Hauptgruppen, das JEM Dr. Ibrahim Khalils und die SLA/M unter Muhammed al-Nur, blieben fern. Al-Nur repräsentiert die Fur und damit wohl zwei Drittel aller in den Flüchtlingslagern. Das JEM steht unter dem Einfluss des Islamisten und ehemaligen Mentors und Weggefährten al-Bashirs, Dr. Hassan al-Turabi, dem nachgesagt wird, dass er das JEM als Instrument nutzt, um wieder in Khartum an die Macht zu gelangen.

Das DPA beinhaltet folgende Punkte: Waffenstillstand zwischen den beteiligten Parteien; Entwaffnung der Janjawid-Milizen vor der Entwaffnung der anderen Rebellengruppen; Eingliederung von 8.000 Rebellen in die sudanesischen Armee, in lokale Polizeieinheiten oder in Fortbildungsmaßnahmen; Kompensationszahlungen; Einrichtung eines Wiederaufbau- und Entwicklungsfonds für Darfur in Höhe von 300 Mio. US-Dollar im Jahr 2006 und jeweils 200 Mio. in den folgenden Jahren.

Die Begründungen für die Ablehnung waren: Das JEM lehnt den Vertrag ab, weil sie erstens einen Posten als Vizepräsident des Sudan fordert, analog zur SPLA, zweitens die sofortige Zusammenlegung der drei Darfur-Provinzen zu einer und drittens, analog zum Abkommen mit dem Süden, ein Referendum über die Unabhängigkeit Darfurs will.

Das DPA wurde kurz nach der Unterzeichnung von den Nicht-Unterzeichnern torpediert: Am 24. Mai 2006 wurden bereits wieder neue Kämpfe

aus Darfur gemeldet. „Offensichtlich handelt es sich um Offensiven der beiden Rebellengruppen, die den Friedensvertrag nicht unterschrieben haben“.[62] Es bildete sich vorübergehend eine neue Rebellengruppe, die NRF, in der sich Teile der SLA und des JEM zusammenfanden. „Man kann davon ausgehen, dass hinter der NRF die Geheimdienste Eritreas und Tschads stehen“.[63] Wie eng die Beziehungen des Tschad zu den Rebellen Darfurs sind, war spätestens seit Anfang Mai 2006 bekannt: „Man muß nur in die Grenzregion reisen,“ schrieb der FAZ-Afrikakorrespondent, „um Zeuge der massiven Unterstützung der Tschader für die Rebellen in Darfur zu werden. Die tschadischen Zaghawas liefern den sudanesischen Zaghawas Lebensmittel, Waffen, Munition und sichere Rückzugsgebiete“.[64] Das bestätigt die NZZ Ende Juli: „Laut mehreren glaubwürdigen Quellen, sollen Flugzeuge mit Waffen aus Eritrea in der tschadischen Stadt Abéché gelandet sein. Das für die Rebellen aus Darfur bestimmte Kriegsmaterial sei unter den Augen der am Flugplatz von Abéché stationierten französischen Soldaten ausgeladen worden“[65]. Die Kriegsgeschehen nimmt – auch wenn mal mehr mal weniger Attacken gemeldet werden – bis heute seinen Lauf. Überfälle auf Hilfskonvois, meist von Rebellen ausgeführt, häuften sich, vereinzelt wurden auch Bombardierungen gemeldet. Allerdings hat der Blutzoll längst nicht die Dimensionen wie 2004 erreicht. Zwischen dem 20. Juni und Mitte November 2007 registrierte der UN Human Rights Council 15 Land- und Luftangriffe von Regierungsseite und von mit ihnen verbündeten Milizen sowie der SLA-Fraktion Minni Minawis in Darfur. Dem fielen 170 Zivilisten zum Opfer. [66] Über von Rebellen lancierte Angriffe gibt der Bericht keine Auskunft.

Sehr auffallend ist, dass nach Abuja die Rebellengruppen zunehmend zersplitterten. Die Angaben reichten zeitweilig bis zur Zahl von 26 Rebellengruppen. Allerdings sind bereits wieder gegenläufige Tendenzen zu vermelden. Ende November gelang es, nach mehr als zwei Monate langen Verhandlungen mit Unterstützung der SPLM in Juba, elf Rebellengruppen unter dem neuen Dach SLM/A und unter der Führung von

Ahmed Abdelshafi zu vereinen.[67] Die Aufforderung an Abdelwahid al-Nur, sich dieser Vereinigung anzuschließen, wurde allerdings von diesem zurückgewiesen. Nach dem Tod Garangs misstraut al-Nur angeblich der SPLM, weil diese mit al-Bashir eine gemeinsame Regierung bildet.[68]

Seit Januar 2007 sind Bemühungen der Beauftragten von UN und AU, Eliasson und Salim, zu beobachten, in Gesprächen mit Rebellenvetretern und Khartum, Möglichkeiten für Friedensverhandlungen auszuloten, zu denen letztlich Ende Oktober nach Sirte/Libyen eingeladen wurde. Der zunehmende Zerfall der Rebellengruppen erschwerte dies. Salim: „Die Einigung der Rebellen ist Voraussetzung für Verhandlungen“. Der SPLA-Präsident Salva Kiir, zugleich 1. Vizepräsident Sudans, beteiligte sich ebenso an einer Rebelleneinigung wie Sudans Nachbarn. Khartum erklärte sich im Mai 2007 offiziell zu Friedensgesprächen bereit. Das JEM stimmte dem im Juni zu. Allerdings lehnte der SLA-Führer Mohammed al-Nur im Pariser Exil die Teilnahme an sämtlichen Vorgesprächen in Juba und Arusha/Tansania ab.

#### 1.3.4.1. Die Positionen des Abdulwahid al-Nur (SLA)

Al-Nur ist anerkannter Führer der Fur und „nicht nur in den Flüchtlingslagern in Darfur extrem populär ist, sondern auch unter den Flüchtlingen im Tschad, obwohl sich unter diesen nur wenige Fur befinden. Wenn übers Satellitenfernsehen Interviews mit dem SLA-Chef gesendet werden, sind die ‚Freilichtkinos‘ in den Flüchtlingslagern gerammelt voll.“[69] Deshalb ist es von großer Bedeutung al-Nurs Ziele und Forderungen zur Kenntnis zu nehmen, denn eine „Friedenslösung ohne den SLA-Chef scheint unmöglich.“[70] Al-Nur, 39 Jahre jung, der in Paris über ein fürstlich eingerichtetes Büro verfügt, über dessen Geldgeber er keine Auskunft gibt,[71] und dessen Aufenthaltserlaubnisse jeweils nur um ein Vierteljahr verlängert werden, drängte im Januar 2007 in einem „Appell von Paris“ EU und NATO, Truppen nach Darfur zu entsenden: „Sie müssen

handeln wie in Bosnien,“[72] sagte er. Um mit Khartum in Verhandlungen zu treten, müssten zuvörderst folgende Bedingungen erfüllt sein, so al-Nur: Ende der Tötungen in Darfur, die Rückkehr der Vertriebenen in ihre Dörfer, der Schutz der Einwohner durch internationale „Peacekeepers“. Al-Nur und seine Leute blieben allen Gesprächen zwischen Rebellen untereinander und zwischen Rebellen und AU/UN-Vertretern fern. Im September wiederholte er seine Position gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg: Die internationale Gemeinschaft solle „handeln wie im Kosovo, als es gewaltsam die Kämpfe stoppte, bevor Friedensverhandlungen begannen.“[73] Seine politischen Ambitionen offenbarte er gegenüber Bloomberg auch: „Während al-Nur beabsichtigt, eines Tages Präsident des Sudan zu werden, schließt er eine Teilnahme an den Parlaments- und Präsidentenwahlen 2009 aus, weil die, wie er sagte, nicht frei und fair seien. Sein ultimatives Ziel ist der Sturz der Bashir-Regierung. ‚Dies ist unser Endziel, weil es keinen Sudan gibt, solange dieses Regime an der Macht ist‘.“[74] Al-Nur hat den Beschluss, die UN-AU-Truppe zu stationieren, sehr begrüßt. Allerdings hat sein Kommandant für Norddarfur ebenso wie das JEM erklärt, dass sie die Teilnahme der 315 chinesischen Ingenieure und Bauleute ablehnen, weil die VR China Khartum mit Waffen beliefern und das für den angeblichen Genozid an seinen Landsleuten verantwortliche Regime durch die Erdölförderung stütze. Nachdem die USA diese Rebellendrohungen gegen China verurteilten, erklärte das JEM, dass sie die Chinesen in Darfur nicht angreifen würden.

#### 1.3.4.2. Die Positionen des Dr. Khalil Ibrahim (JEM)

Das JEM wird als militärisch stärker als die SLA eingestuft, verfügt über mehr Waffen und ist mobiler als die SLA. Ihre Kämpfer gehören den tschadischen Koba an, die zur Ethnie der Zaghawa gehören, und können deshalb „auf tschadische Unterstützung zählen“[75], denn diese leben beiderseits der Grenze und auch der

Präsident Tschads Idriss Déby ist ein Zaghawa. Der JEM-Gründer und -Führer Dr. Khalil Ibrahim war mit der Aussage zu vernehmen, dass er, für den Fall, dass die Friedensgespräche in Sirte scheitern, nicht nur eine Selbstbestimmung anstrebe. Er sagte: „Klar, wir wollen Abtrennung und wir wollen unser eigenes Land. Wenn es keine Lösung, keinen Frieden gibt, warum sollen wir dann zusammenleben?“[76], fragte er. Dieses Statement Ibrahims könnte taktischer Natur sein, denn zu völlig anderen Einschätzungen über die politischen Ziele der Rebellen gelangt der ortskundige NZZ-Korrespondent Kurt Pelda: „Anders als die SLA, die sich mit ihrem Krieg ein Ende der ‚arabischen‘ Attacken auf ‚afrikanische‘ Dörfer und ein größeres Stück vom Kuchen für Darfur erhofft hat, verfolgt das JEM eine mehr national ausgerichtete Strategie. Es zielt auf den Sturz des Regimes in Khartum ab.“[77] „Es will eine Revolution im ganzen Nordsudan anzetteln.“[78] Dr. Khalil Ibrahim gilt als Islamist[79], der „aus dem Dunstkreis von Hassan al-Turabi kommt“[80]. Gegen Khalil Ibrahim hat das US-Schatzamt Ende Mai 2007 Sanktionen verhängt.[81] Seine Guthaben in den USA sind eingefroren. Daraus lässt sich leicht schließen, dass sich das JEM keiner US-Unterstützung erfreuen wird.

Mit tatkräftiger Unterstützung Muhammad al-Ghaddafis wurde auf Einladung von UNO und AU in Sirte am 27. Oktober 2007 eine Friedenskonferenz anberaumt. SLA und JEM nahmen daran nicht teil. Neben Vertretern der sudanesischen Regierung fanden sich dort lediglich Vertreter von acht Splittergruppen ein, so dass die Gespräche gegenstandslos wurden. Mit einer Neuaufnahme der Gespräche wird nicht vor Januar 2008 gerechnet.

#### 1.3.5. Jüngstes Kriegsgeschehen in Darfur

1. Eine geradezu sensationelle Entwicklung zeichnet sich ab: Die berüchtigten Janjawid, die die Politik der verbrannten Erde in Darfur betrieben und schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen haben, sind in Auflösung begriffen. Zu lesen ist in der

NZZ Mitte November, dass es die SLA geschafft habe, „eine grössere Zahl arabisch stämmiger Janjawid, also Mitglieder von Regierungsmilizen, zum Überlaufen zu bewegen.“[82] Der Grund: Die Rebellen zahlen mehr als die Regierung. Der UN-Sondergesandte Jan Eliasson sagte bereits Anfang Oktober, dass die Janjawid nicht länger eine wahrnehmbare Gruppe („no longer a discernible group“) seien. Sie hätten sich in andere Gruppen aufgelöst („dispersed into other groups“).[83] Diese Aussagen könnten von außerordentlicher Bedeutung sein, denn die vermeintlichen Hauptsubjekte des angeblichen Genozids in Darfur scheinen zu verschwinden. Die Begründung für den UNAMID-Einsatz gerät ins Wanken. Der US-Sondergesandte Natsios gab bekannt, dass Abdulwahid al-Nur „im Gespräch, vielleicht im Bündnis“ mit dem Janjawid-Führer Hamaditi sei. Hamaditi war mit seinen angeblich 20.000 Kämpfern von Khartum abgefallen, nachdem er kein Geld mehr von dort erhielt. Die sudanesishe Luftwaffe hat ihn in Süd-Kordofan angeblich angegriffen, um seine Rebellion niederzuschlagen.[84] Auch JEM-Führer Khalil Ibrahim meldete die „atemberaubende Entwicklung“, dass „7 arabische Emire und 22 arabische Spitzenkommandanten“ zu ihm übergelaufen seien.[85]

2. Erstmals wurde ein Camp der AU brutal überfallen. Zwölf Soldaten, vor allem aus Nigeria, fielen dem Angriff in Haskanita am 30.9.2007 zum Opfer. Es ist von 1.000 Angreifern die Rede. Die AU hat es bis heute nicht vermocht, die Angreifer eindeutig zu identifizieren. Eine UN-Untersuchung ergab, dass die Angreifer Fahrzeuge mit der Aufschrift JEM verwendeten. JEM-Führer Ibrahim dagegen schrieb einer von ihm abgefallenen nicht näher bezeichneten Splittergruppe den Überfall zu.[86]

3. Am 29. August 2007 überfielen JEM und der SLA-Unity[87] eine Ortschaft in Nord-Kordofan, etwa 60 km östlich der Grenze zu Darfur. Es wird von fünf Widerstandsgruppen in Kordofan berichtet, unzufriedene Araber, die sich gegen die Regierung stellen und sich mit den Darfuris verbünden. Zwei Monate danach, am 25.

Oktober, also unmittelbar vor dem Beginn der Friedensgespräche im libyschen Sirte, begingen JEM-Rebellen einen Überfall auf das Diffra-Ölfeld in der umstrittenen Region Abyei. Sie brachten 20 Regierungssoldaten um und entführten fünf Ölarbeiter, die sie erst im November frei ließen. Ihre Forderung: Die Ölgesellschaften sollten den Sudan verlassen. Tags darauf verkündete das JEM, dass dies erst der Anfang sei und sie die Angriffe auf Ölfelder im gesamten Sudan ausbreiten wollen.[88] JEM steht hier nicht allein: Auch Abdulwahid al-Nur „beabsichtigt, Ölgesellschaften, vor allem aus China anzugreifen“, denn China rüste Khartum mit Waffen aus, die sein Volk töteten.[89] Am 11. Dezember erfolgte der zweite JEM-Überfall. Diesmal auf das Rahaw-Ölfeld in Kordofan, etwa 30 km vom Diffra-Ölfeld entfernt, das ebenfalls von einer chinesischen Firma ausgebeutet wird.[90] Die britische Regierung verurteilte die Angriffe auf Kordofan und bezeichnete Versuche, den Konflikt auf außerhalb Darfurs auszuweiten als „inakzeptabel“.[91] Die Politik al-Nurs und der JEM, die auf eine Ausweitung der Kriegshandlungen über Darfur hinaus angelegt ist, lässt für die Stationierung der hybriden UN-AU-Truppe nichts Gutes erwarten. Sie sieht sich einer Ausweitung der Konfliktzone gegenüber. Als Folge dessen lässt sich leicht vorhersagen, dass Rufe nach einer qualitativen Verstärkung der UNAMID, die selbstverständlich nur NATO und EU in der Lage sind zu stellen, nicht lange auf sich warten lassen werden. Zudem sind immer wieder Forderungen nach der Einrichtung einer Flugverbotszone der NATO über Darfur laut geworden. George Bush, Hillary Clinton und das EU-Parlament sind hier hervorzuheben.

4. Obendrein verstärkt das JEM seine Angriffe in Darfur. Khalil Ibrahim gab im Dezember 2007 an, die Hauptstadt Westdarfurs el-Geneina umzingelt, und eine sudanesishe Antonov-Maschine über Süddarfur abgeschossen zu haben. Er erklärte Darfur zur No-Fly-Zone. Künftig müssten UN- und AU-Überflüge beim JEM angemeldet werden, um nicht Gefahr zu laufen, versehentlich abgeschossen zu werden.

Militärisch können die Rebellen den Krieg gegen Khartum nicht gewinnen. Trotzdem ist davon auszugehen, dass sie die Attacken vorantreiben werden. Ihre dahinter stehende Strategie scheint zu sein, unverhältnismäßige Reaktionen von Regierungsseite zu provozieren. Diese Taktik ist vom Kosovo her bekannt. Sie endete auf dem Balkan damit, dass die NATO einen Krieg gegen Belgrad führte. Diese balkanische Strategie könnte eine sudanesishe Variante bekommen. Die Strategie der Rebellen deckt sich mit den Interessen „des Westens“, letztendlich eine ihnen ergebene Regierung in Khartum zu installieren („Regime-Change“), um die reichlichen Naturressourcen des Landes zu nutzen. Zudem ist das Land an Nil und Rotem Meer – direkt vis-à-vis der Lagerstätten von Öl und Gas auf der arabischen Halbinsel – von großer geostrategischer Bedeutung.

#### Anmerkungen

[1] UNMIS: Ja 518, Nein 40, Enth. 14 (Die Nein-Stimmen kamen fast ausschließlich von der LINKEN).

Darfur UNAMID: Ja 512, Nein 45, Enth. 12 (auch hier fast nur die LINKE dagegen.)

[2]  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/069/1606940.pdf>

[3] Die Bundeswehr beteiligte sich daran seit Dezember 2004 dreimal mit Transportflügen nach el-Fasher in Norddarfur (12/2004: 196 gambische Soldaten, 10/2005: 280 ghanaische Polizisten und 3/2006: 538 senegalesische Soldaten)

[4] Fischer Weltalmanach 2008, S. 456

[5] taz 19.1.1993, Mark Fineman, Somalia und das schwarze Gold.

[6] BP Statistical Review of World Energie, Juni 2007, 48 Seiten, S. 6,  
[http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_revie](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_revie)

w\_2007/STAGING/local\_assets/downloads/pdf/statistical\_review\_of\_world\_energy\_full\_report\_2007.pdf

[7] FAZ 29.7.1998

[8] ECOS-Karte der Ölblöcke im Sudan, 27.8.2007,  
[http://www.ecosonline.org/back/pdf\\_reports/2007/Oil/oilfieldmap%20Sudan%20ECOS%20aug2007.pdf](http://www.ecosonline.org/back/pdf_reports/2007/Oil/oilfieldmap%20Sudan%20ECOS%20aug2007.pdf)

[9] NZZ 27.11.2004

[10] The European Coalition in Oil in Sudan (ECOS) The Economy of Sudan's Oil Industry, Oktober 2007, Factsheet II, 20 Seiten, S.4, im Weiteren ECOS-Factsheet,  
[http://www.ecosonline.org/back/pdf\\_reports/2007/Oil/ECOS%20factsheetII%20October%202007.pdf](http://www.ecosonline.org/back/pdf_reports/2007/Oil/ECOS%20factsheetII%20October%202007.pdf)

[11] Sudantribune.com, 6.11.07

[12] Fischer Weltalmanach 2002, Spalte 774, Fischer Weltalmanach 2008, S. 456

[13] ECOS-Factsheet, S. 3

[14] Birgit Strube-Edelmann, Der Darfur-Konflikt – Genese und Verlauf, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 9.10.2006, 28 Seiten, S. 24, im Weiteren: Strube-Edelmann

[15] Report of the National Energy Policy Development (Cheney-Report) 16.5.2001, 170 Seiten,  
<http://www.whitehouse.gov/energy/National-Energy-Policy.pdf>, im Weiteren: Cheney-Report

[16] Cheney-Report S. 1-13

[17] Michael T. Klare, Schnell, mobil, tödlich, - Das Zeitalter der US-Hegemonie, le monde diplomatique, 15.11.2002, Fußnote 5, siehe U.S. Department of Energy, Energy Information Administration (Hg.), «International Energy Outlook 2002», Washington, D. C., 2002, S. 183 und 242.

- [18] Cheney-Report, Seite 8-4
- [19] Financial Times Deutschland 8.7.2003. FAZ 27.4.2007: „Schon in wenigen Jahren soll Afrika bis zu einem Viertel des amerikanischen Gesamtbedarfs liefern.“
- [20] Dustin Dehez, Ein Kommando für Afrika, in: Internationale Politik, Dezember 2007, S. 78-83, S. 82
- [21] Wolf Kinzel, Sascha Lange, Afrika im Fadenkreuz der USA? SWP Aktuell 17, Berlin, März 2007, 4 Seiten, S. 4, [http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?asset\\_id=3823](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3823)
- [22] Sudantribune.com, 10.11.2007
- [23] Bericht über die Reise der Abgeordneten Norman Paech und Paul Schäfer in den Sudan vom 2. bis 7. Oktober 2006, 8 Seiten, S. 5
- [24] ECOS Factsheet, S. 5, Insgesamt wird der Restinhalt der derzeit angezapften sudanesischen Ölquellen mit etwa 2,2 Mrd. Barrel angegeben.
- [25] FAZ 10.8.2007, „Etwa 200.000 Mann sollen die Sicherheitskräfte (des Südens, L.H.) umfassen.“
- [26] Sudantribune.com, 26.11.2007
- [27] Sudantribune.com, 16.3.2006
- [28] FAZ 22.8.2007
- [29] Sudantribune.com, 17.8.2007
- [30] Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des UNMIS-Mandats, 7.11.2007, Drucksache 16/6940, 4 Seiten, S. 2
- [31] NZZ 20.11.2007
- [32] FAZ 18.12.2007
- [33] NZZ 20.11.2007
- [34] NZZ 10.7.2007
- [35] vgl. The International Crisis Group, Sudan. Breaking the Abyei Deadlock, 16 Seiten, 12.10.2007, [http://www.ecosonline.org/back/pdf\\_reports/2007/Oil/sudan\\_abyei.pdf](http://www.ecosonline.org/back/pdf_reports/2007/Oil/sudan_abyei.pdf)
- [36] Sudantribune.com 26.11.2007
- [37] Sudantribune.com 18.11.2007
- [38] Sudantribune.com 20.11.2007
- [39] Paech/Schäfer, S. 6, Die anderen UNMIS-Angehörigen sind 4.800 Ingenieure, Minenräumer etc, 750 unbewaffnete Militärbeobachter, 1065 anderes zivile Mitarbeiter
- [40] Sudan Unified Mission Plan, 73 Seiten, Karte S. 73, <http://www.unsudanig.org/unsudan/data/Sudan%20Unified%20Mission%20Plan.pdf> Das UNMIS-Militär kommt aus Bangladesh, Kenia, Indien, Ägypten, Pakistan, Sambia und Nepal
- [41] Paech/Schäfer, S. 6
- [42] UNHCR, Darfur, UNHCR-Presence, Refugee/IDP-locations, April 2007, <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/467650372.pdf>
- [43] Darfur Humanitarian Profile Totals, 1. Oktober 2007, [http://www.unsudanig.org/docs/HNP%2029\\_total\\_s\\_1%20October%202007.pdf](http://www.unsudanig.org/docs/HNP%2029_total_s_1%20October%202007.pdf)
- [44] Thilo Thielke, Krieg im Lande des Mahdi, Essen 2006, 400 Seiten, S. 35
- [45] Über die Vorgeschichte der Opferzahlen vgl. Lühr Henken, Nächster Interventionskandidat Sudan? <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/henken.html> (4.2.2007)
- [46] Sudan: Bericht der UN-Sonderkommission,

April 2005, in: Strube-Edelmann, Fußnote 44, S. 17

[47] zuletzt am 30. Oktober 2007, Sudantribune.com, 31.10.2007

[48] Sudantribune.com, 9.2.2007

[49] Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF), Konfliktübersicht Darfur (Sudan), 18 Seiten, S. 13

[http://www.zif-berlin.org/Downloads/Docs\\_August\\_2007/Darfur\\_August\\_2007.pdf](http://www.zif-berlin.org/Downloads/Docs_August_2007/Darfur_August_2007.pdf)

[50] Sudantribune.com 11.7.2007

[51] Thielke, S. 231

[52] NZZ 14.11.2007

[53] NZZ 20.2.2006

[54] NZZ 21.3.2006

[55] FAZ 28.6.2006

[56] Zu stationieren demnach: Phase I im Januar 2007 (1200 Soldaten und Polizisten), Phase II Mitte April 2007 (mit ca. 3300) und schließlich Phase III im Juni 2007 (mit bis zu 23.300 Soldaten und Polizisten)

[57] UN-Sicherheitsrat Resolution 1769 vom 31.7.2007, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/un-sr-res-1769-dt.html>

[58] Die Soldaten und Polizisten kommen aus Gambia, Kenia, Nigeria, Ruanda, Senegal und Südafrika

[59] FAZ 17.12.2007

[60] OCHA Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten) Sudan Humanitarian Overview, Vol 3, Issue 7, Sep-Okt. 2007, 8 Seiten, Karte Seite 7, Major Displacements in Darfur 1. Januar bis 18.

September 2007, <http://www.unsudanig.org/docs/Sudan%20Humanitarian%20Overview%20Vol3%20Iss7.pdf>

[61] Sudantribune.com 25.4.2007

[62] FAZ 24.5.2006

[63] NZZ 5.7.2006

[64] FAZ 3.5.2006

[65] NZZ 28.7.2006

[66] Reuters, Sudantribune.com, 7.12.2007

[67] Sudantribune.com, 16.12.2007

[68] Sudantribune.com, 16.12.2007

[69] NZZ 14.11.2007

[70] NZZ 14.11.2007

[71] BBC-News Feature, Sudantribune.com, 25.8.2007: „a high ceiling suite of rooms replete with ornate furnishing, gilded mirrors from floor to roof [...] It is a long way from the dusty Darfur town of Zalingei where he was born. ‘A helpful friend’ was lending it to him, was all he would say.”

[72] Sudantribune.com 17.1.2007

[73] Bloomberg, Sudantribune.com, 5.9.2007

[74] Bloomberg, Sudantribune.com, 5.9.2007

[75] NZZ 14.11.2007

[76] BBC World TV, Sudantribune.com, 18.9.2007,

[77] NZZ 14.11.2007

[78] NZZ 31.8.2007

[79] [http://en.wikipedia.org/wiki/Khalil\\_Ibrahim](http://en.wikipedia.org/wiki/Khalil_Ibrahim)

[80] NZZ 31.8.2007,  
[http://en.wikipedia.org/wiki/Hasan\\_al-Turabi](http://en.wikipedia.org/wiki/Hasan_al-Turabi)

[81] Sudantribune.com, 6.6.2007

[82] NZZ 14.11.2007

[83] Reuters, Sudantribune.com, 4.10.2007

[84] Sudantribune.com, 12.12.2007

[85] Sudantribune.com, 26.12.2007

[86] Reuters, Sudantribune.com, 12.12.2007

[87] Zusammenschluss von Kommandanten, die der Zaghawa, Massalit, Meidoh und Berti angehören, und als die militärisch stärkste innerhalb der SLA gelten

[88] Reuters, Sudantribune.com, 26.10.2007

[89] Dow Jones Newswires, Sudantribune.com, 8.12.2007

[90] Reuters, Sudantribune.com, 11.12.2007,  
NZZ 12.12.2007

[91] Sudantribune.com, 14.12.2007

---

#### **IMI braucht Förderer, IMI braucht Mitglieder**

Die Informationsstelle Militarisierung arbeitet völlig unabhängig von staatlichen Geldern. Trotzdem bemühen wir uns darum alle Publikationen gratis im Internet zur Verfügung zu stellen. Damit wir hierzu weiterhin in der Lage sind, möchten wir Dich/Sie um Mithilfe bitten, das Bestehen von IMI zu sichern. Dies kann entweder durch eine Spende oder über eine Mitgliedschaft bei IMI geschehen (Ein Formular gibt es unter <http://www.imi-online.de/download/mitglied.pdf>). Beides ist steuerlich absetzbar.

Spenden Sie an die Informationsstelle Militarisierung e.V., auf das Konto 166 28 32 bei der Kreissparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20.